



Newsletter International

Nr. 10/2025

Die wichtigsten Meldungen im Überblick

<p>Außenwirtschaft neu gedacht: Was kann öffentliche Förderung? Unternehmer berichten aus der Praxis, 7. November 2025, 10:00 - 11:00 Uhr...mehr</p>	<p>USA – Aktuelle Expertentipps, 28. November 2025, 09:30 - 12:30 Uhr...mehr</p>
<p>Delegationsreise zum Cyber Campus Paris, 1. - 2. Dezember 2025...mehr</p>	<p>EU: Freihandelsabkommen mit Indonesien ...mehr</p>
<p>Digitales Ursprungszeugnis (dUZ) ab 15.09.2025...mehr</p>	<p>EUDR: IHK-Organisation für erneute Verschiebung und Nachbesserung...mehr</p>

Inhaltsverzeichnis

Internetadressen	Zoll
Veranstaltungen	Länder
Unternehmerreisen	Messen
Allgemeines	Veröffentlichungen

Internetadresse des Monats

Weltweit entstehen derzeit unterschiedliche Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz. Die EU hat bereits strenge Vorschriften für Hochrisikosysteme erlassen. Parallel dazu debattieren hunderte von Ländern in ihren Parlamenten über künstliche Intelligenz. Diese normative Fragmentierung schafft Herausforderungen. Der [Rechtsatlas KI](#) bietet einen kompakten Überblick über den Stand der Gesetzgebung in einzelnen Staaten.

[Nähere Informationen.](#)

Webinare und Veranstaltungen

Außenwirtschaft neu gedacht: Was kann öffentliche Förderung? Unternehmer berichten aus der Praxis,

7. Oktober 2025, 10:00 - 11:00 Uhr

Wie gelingt der Einstieg in neue Auslandsmärkte – und welche Fördermöglichkeiten gibt es? In dem Webinar der nordrhein-westfälischen IHKs berichten Unternehmen aus der Praxis und geben Einblicke in konkrete Förderinstrumente: Exportfinanzierung mit Euler Hermes, Außenwirtschaftsförderung durch die NRW.BANK und Angebote der IHK-Organisation. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Fragen direkt zu stellen – etwa zu Kosten, Kontaktaufnahme oder Herausforderungen in politisch schwierigen Ländern.

[Nähere Informationen.](#)

China-Sprechtag: Fokus Recht,

20. Oktober 2025 in Köln

Sie haben Fragen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen in China? Am 20. Oktober informiert Frau YU Rong, Senior Director | Legal & Tax (China), AHK China, in Einzelgesprächen über rechtliche Themen im Chinesengeschäft. Anmeldeschluss ist der 13. Oktober. Kontakt: IHK Köln, Gudrun Grosse, Tel. 0221 1640-1561, E-Mail: [gu-](mailto:gu-drun.grosse@koeln.ihk.de)

drun.grosse@koeln.ihk.de

Erfolgreich unterwegs in der arabischen Welt – Schwerpunkt Golfstaaten,

7. November 2025 in Köln

Der arabische Raum bietet vielfältige wirtschaftliche Chancen für deutsche Unternehmen. Gleichzeitig stellen kulturelle Unterschiede eine zentrale Herausforderung für nachhaltige Geschäftsbeziehungen dar.

Wichtig dabei ist, die arabische Welt nicht als homogenes Gebilde misszuverstehen. Dubai ist nicht Saudi-Arabien, Ägypten nicht Marokko. In diesem Seminar erhalten Sie praxisnahe Einblicke in die Geschäftskultur der Region, erfahren, worauf es in Verhandlungen, beim Beziehungsaufbau und im täglichen Umgang ankommt, und lernen, kulturelle Stolpersteine zu vermeiden.

[Nähere Informationen.](#)

USA – Aktuelle Expertentipps,

28. November 2025, 09:30 - 12:30 Uhr

Die USA bleiben einer der wichtigsten Auslandsmärkte für deutsche Unternehmen – doch wer den Einstieg oder Ausbau in das Geschäft der USA anstrebt, muss gut vorbereitet sein. In dieser Veranstaltung werden Aktuelle Rechtsfragen für deutsche Unternehmer diskutiert, als auch Steuerfragen zum US-Geschäft beantwortet. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Fragen direkt mit den Experten zu diskutieren und sich auf den US-Markt vorzubereiten – ob als Neueinsteiger oder zur Optimierung bestehender Aktivitäten.

[Nähere Informationen.](#)

China: Rechtliche Fragen im Zeichen globaler Spannungen,

28. November 2025 in Köln

Die mit dem stets komplexen Verhältnis zur Volksrepublik China verbundenen Herausforderungen haben in der jüngeren Vergangenheit noch einmal zugenommen: Ein wesentlicher Grund hierfür sind weltpolitische Spannungen, aber auch volkswirtschaftliche und soziale Probleme tragen zu Schwierigkeiten bei. Ausländische Unternehmen stehen häufig vor der Frage der Anpassung an dieses Umfeld. Dabei sind in der Praxis zahlreiche juristische Fragen und Probleme zu berücksichtigen, die Thema dieser Tagung sind. Veranstalter ist die Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung e. V. (DCJV) in Zusammenarbeit mit der IHK Köln. Das Teilnahmeentgelt beträgt 80 Euro für Nicht-Mitglieder der DCJV (Studierende, Rechtsreferendarinnen/ Rechtsreferendare 25 Euro). Weitere Informationen: Gudrun Grosse, IHK Köln, Tel. 0221 1640-1561, gudrun.grosse@koeln.ihk.de

**EU-Entwaldungsverordnung kompakt:
Wer ist betroffen – und was ist zu tun?
2. Dezember 2025**

Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) stellt neue regulatorische Anforderungen an Unternehmen, die bestimmte Rohstoffe oder daraus hergestellte Produkte in Verkehr bringen, exportieren oder importieren. Dazu zählen unter anderem Holz und Holzprodukte, Soja, Palmöl, Kaffee, Kakao, Rinder sowie Kautschuk. In dieser kostenfreien Informationsveranstaltung erhalten Sie einen kompakten Überblick über die Inhalte der Verordnung, ihre Ziele und den aktuellen Umsetzungsstand auf EU-Ebene. Auch wenn derzeit über eine mögliche Verschiebung einzelner Fristen diskutiert wird, sollten sich Unternehmen frühzeitig mit den Anforderungen der EUDR auseinandersetzen.
[Nähere Informationen.](#)

**Crashkurs Chinesisch: Sprache und Kultur – Präsenz-Online-Mix,
März 2026 in Köln**

Chinesisch ist gar nicht so schwierig! Und wie in anderen Ländern auch, erleichtern ein paar gängige Sätze in der Landessprache den Umgang mit chinesischen Unternehmen. Die wollen wir Ihnen in unserem Kurs vermitteln, in dem es im weitesten Sinne um die richtige Verständigung geht. Weitere Themen unseres Seminars sind kulturelle Besonderheiten und Verhaltensweisen, der Umgang mit chinesischen Geschäftskontakten und kooperierenden Unternehmen. Gleichzeitig erhalten Sie einen Überblick über Wirtschaft und Geschichte des Landes. Das Teilnahmeentgelt pro Person beträgt 280 Euro.
[Nähere Informationen.](#)

Unternehmensreisen

Delegationsreise zum Cyber Campus Paris, 1. - 2. Dezember 2025

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg lädt gemeinsam mit Partnern zu der Instituts- und Unternehmerreise zu dem Cyber Campus Paris ein. Auf dem Programm stehen Besuche bei Start-ups, Innovationslaboren, Trainingsunternehmen und KMUs. Es ist ein Austausch zur Cyber Security mit Vertretern der Metropole Grand Paris vorgesehen, als auch mit Vertretern der Bereiche Verteidigung und Gesundheitswesen. Teilnehmende erwartet

ein exklusiver Einblick in den Campus Cyber, das französische Zentrum für digitale Sicherheit und Innovation.

Wir bitten vorerst um eine Interessensbekundung für diese Unternehmerreise. Mit weiteren Informationen zur Anmeldung, dem detaillierten Programm und den Kosten kommen wir dann gerne wieder auf Sie zu.
[Nähere Informationen.](#)

Marktsondierung Ägypten: Verarbeitungs-, Verpackungs- und Automatisierungstechnologien, 7. - 11. Dezember 2025

Ägypten ist mit über 100 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und einer dynamisch wachsenden Mittelschicht ein zentraler Wachstumsmarkt in der MENA-Region. Großprojekte in Infrastruktur sowie Freihandelsabkommen mit der EU, der Afrikanischen Union und arabischen Staaten eröffnen vielfältige Chancen. Vom 7. bis 11. Dezember 2025 organisiert NRW.Global Business daher gemeinsam mit der Messe Düsseldorf und der Deutsch-Arabischen Industrie- und Handelskammer eine Unternehmensreise nach Kairo. Auf dem Programm stehen Unternehmensbesuche, Gespräche mit Verbänden, Kammern und Ministerien sowie die Teilnahme an den Fachmessen pacprocess MEA und Food Africa.
[Nähere Informationen.](#)

Allgemeine Informationen und EU-News

EU: Freihandelsabkommen mit Indonesien

Die EU und Indonesien haben am 23. September 2025 die Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) und ein Investitionsschutzabkommen (IPA) abgeschlossen. Das Abkommen soll den EU-Unternehmen einen privilegierten Zugang zum indonesischen Markt verschaffen. Vorgesehen ist unter anderem die Abschaffung der Einfuhrzölle auf 98,5 Prozent der Zolltarifpositionen und Vereinfachung der Verfahren für EU-Warenausfuhren nach Indonesien. Auch der Dienstleistungssektor und Investitionen sollen von den Vereinbarungen profitieren. Die ausgehandelten Textentwürfe werden in Kürze veröffentlicht und dem Rat zur Unterzeichnung vorgelegt. Im Anschluss erfolgt

die Ratifizierung durch das Europäische Parlament.

[Nähere Informationen.](#)

Handelsabkommen mit Israel: EU schlägt teilweise Aussetzung vor

Die Europäische Kommission hat dem Rat am 17. September 2025 einen Vorschlag zur Aussetzung bestimmter handelsbezogener Bestimmungen ihres Assoziierungsabkommens mit Israel vorgeschlagen. Sollte der Rat mit einem Beschluss zustimmen, werden Einfuhren aus Israel ihren bevorzugten Zugang auf den EU-Markt verlieren – die Wareneinfuhren würden unter den regulären Drittlandszollsatz fallen. Sobald der Beschluss angenommen ist, wird die Aussetzung 30 Tage nach Unterrichtung des Assoziationsrates EU-Israel wirksam.

[Nähere Informationen.](#)

EU legt Strategie zur Stärkung von Wohlstand und Sicherheit mit Indien vor

Die „Neue strategische Agenda EU-Indien“ zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zu vertiefen, auszuweiten und besser zu koordinieren, Wohlstand und Sicherheit für beide Partner zu verbessern und zur Bewältigung großer globaler Herausforderungen beizutragen.

[Nähere Informationen.](#)

CBAM: EU-Parlament beschließt Vereinfachungen

Das Europaparlament hat am 10. September 2025 der CBAM-Entbürokratisierung zugestimmt. So wird etwa die De Minimis-Schwelle für Importe von 150 Euro Warenwert auf 50 Tonnen pro importierendes Unternehmen und Jahr angehoben. Die neue Schwelle wird voraussichtlich 90 Prozent der betroffenen EU-Importierenden - hauptsächlich kleine und mittlere Unternehmen - von den CBAM-Pflichten befreien. Die Vorschriften für Einfuhren, die weiterhin unter den CBAM fallen, werden ebenfalls vereinfacht, beispielsweise in Bezug auf das Genehmigungsverfahren, die Berechnung der Emissionen, die Überprüfungsvorschriften und die finanzielle Haftung der zugelassenen CBAM-Anmelderinnen und Anmelder. Wenn der Rat zustimmt, können die Änderungen drei Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der Union in Kraft treten.

[Nähere Informationen.](#)

Der Krise trotzen – Strategien für mehr Resilienz

Lieferketten brechen zusammen, Energiepreise steigen, Exportaussichten sind nicht mehr so leicht berechenbar. Unternehmen stehen immer wieder vor neuen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die mitunter sogar existenzbedrohend für sie sein können. Welche Strategien gibt es, um damit umzugehen? Kann man sich auf das Unvorhersehbare überhaupt vorbereiten? Germany Trade & Invest (GTAI) stellt in einem Beitrag sechs Strategien für mehr Resilienz vor.

[Nähere Informationen.](#)

DEG weitet Finanzierungsangebot aus

Die DEG dehnt ihr Darlehensprogramm ImpactConnect auf alle Entwicklungs- und Schwellenländer aus. Zuvor hatte sich das Angebot auf Investitionen in Partnerländern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschränkt. Jetzt sind auch Länder wie Thailand, Malaysia, Indonesien oder die Türkei abgedeckt. Die DEG hat zudem die maximale Darlehenssumme erhöht und die Darlehensuntergrenze wurde angepasst. Letztere liegt nun bei 500.000 Euro statt vorher bei 750.000 Euro.

[Nähere Informationen.](#)

Plagiarius-Wettbewerb 2026

Zum 50. Mal wird der Negativpreis „Plagiarius“ an Hersteller und Händler besonders dreister Plagiate und Fälschungen verliehen. Ziel der Aktion Plagiarius ist, die skrupellosen Geschäftsmethoden von Produkt- und Markenpiraten ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und Industrie, Politik und Verbraucher für die Schäden und Risiken zu sensibilisieren. Bis zum 31. Oktober haben Unternehmen, Designer und Erfinder wieder die Chance, ihre Originalprodukte sowie vermeintliche Nachahmungen zum Plagiarius-Wettbewerb einzureichen und den Plagiator – sei er Hersteller oder Händler - als Preisträger des Negativpreises vorzuschlagen.

[Nähere Informationen.](#)

Lieferkettengesetz: Berichtspflichten sollen rückwirkend entfallen

Die schwarz-rote Koalition plant eine vereinfachte Neufassung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Für Unternehmen besonders relevant: Ein aktueller

Gesetzesentwurf der Bundesregierung sieht eine rückwirkende Abschaffung der Berichtspflichten vor. Interne Dokumentationspflichten sollen jedoch bestehen bleiben. Künftig sollen außerdem nur noch schwerwiegende Verstöße gegen gesetzliche Vorgaben sanktioniert werden. Der Gesetzgebungsprozess ist allerdings noch nicht abgeschlossen – das Inkrafttreten bleibt abzuwarten.

[Nähere Informationen.](#)

EU-Datenverordnung tritt in Kraft

Seit dem 12. September gilt die EU-Datenverordnung (Data Act). Sie markiert einen wichtigen Schritt für die europäische Datenwirtschaft: Daten sollen künftig besser zugänglich, nutzbarer für Innovationen und insgesamt breiter verfügbar sein. Zentrale Inhalte sind unter anderem:

- Regeln zur gemeinsamen Datennutzung zwischen Unternehmen,
- Vorgaben gegen missbräuchliche Vertragsklauseln bei der Datenweitergabe,
- Mindestanforderungen für die Interoperabilität von Datenverarbeitungsdiensten.

Zur Unterstützung der Umsetzung arbeitet die EU-Kommission an praxisnahen Instrumenten. Geplant sind u. a. ein Helpdesk für Rechtsfragen sowie Leitlinien zum Umgang mit Geschäftsgeheimnissen.

[Nähere Informationen.](#)

Ländernotizen

China: Bauwirtschaft unter Druck – Nachhaltigkeit bietet Chancen

Die Immobilienkrise belastet Chinas Bauwirtschaft massiv. Doch nachhaltige Bauprojekte und energieeffiziente Gebäude eröffnen neue Chancen für internationale Angebote. China verfolgt ambitionierte Klimaziele mit einem CO₂-Peak bis 2030 und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2060. Die Transformation ist bereits im vollen Gange, von grünen Bauvorschriften bis hin zu massiven Investitionen in erneuerbare Energien. Ein Vertreter eines deutschen Unternehmens fasst zusammen: "Die Frage ist nicht, ob China grün wird, sondern wer diese Zukunft mitgestaltet."

[Nähere Informationen.](#)

Großbritannien: Verkaufsverbot für Verbrenner-Motoren ab 2030

Die neue Labour-Regierung plant, das Verkaufsverbot für Verbrenner-Pkw von 2035 auf 2030 vorzuziehen und damit das Zero Emission Vehicle Mandat deutlich zu verschärfen. Schon jetzt verfehlt die Branche die für 2024 festgelegte Quote von 22 Prozent emissionsfreier Fahrzeuge – erwartet werden nur rund 18,7 Prozent. Haupttreiber: Eine Kombination aus verschärften Vorgaben, schwachen Elektroauto-Absätzen und drohenden Handelsbarrieren.

[Nähere Informationen.](#)

Hong Kong: Gründung der German Business School

Seit mehr als vierzig Jahren koordiniert die Delegation der Deutschen Wirtschaft die duale Berufsausbildung in Hong Kong. Die neu gegründete German Business School (GBS) wird als akkreditierte deutsche Auslandsschule betrieben. Die Gründung war das Ergebnis enger Zusammenarbeit zwischen GIC, dem Deutschen Generalkonsulat, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA), dem Hong Kong Education Bureau, Ausbildungsunternehmen, Institutionen und weiteren Beteiligten. Im September 2025 haben 42 Auszubildende ihre Berufsausbildung gestartet.

[Nähere Informationen.](#)

Indien: Neues Einkommensteuergesetz verabschiedet

Mit seinem Inkrafttreten am 1. April 2026 wird das neue Einkommensteuergesetz den aus dem Jahr 1961 stammenden, durch zahlreiche Anpassungen und Ergänzungen mittlerweile sehr umfangreichen, fragmentierten und dadurch zunehmend schwieriger handhabbaren Income Tax Act ersetzen. Das neue Gesetz umfasst nunmehr nur noch halb so viele Kapitel und eine insgesamt um knapp ein Drittel gekürzte Artikelanzahl. Die im Wesentlichen terminologische und formale Reform enthält keine größeren Anpassungen des Besteuerungssystems als solches oder Änderungen der Steuersätze.

[Nähere Informationen.](#)

Indien: Vereinfachung der Umsatzsteuer

Der indische Rat für die Umsatzsteuer ("Goods and Services Tax Council") hat zur Förderung des Wirtschaftswachstums und

Entlastung der privaten Haushalte Änderungen in der Struktur der Umsatzsteuersätze für Waren und Dienstleistungen beschlossen. Demnach wird es künftig nur noch drei Umsatzsteuersätze geben: ein reduzierter Satz von 5 Prozent, der Normalsatz von 18 Prozent sowie der Steuersatz für Luxusgüter von 40 Prozent. Die zurzeit noch existierenden Steuersätze von 12 und 28 Prozent werden abgeschafft.

[Nähere Informationen.](#)

Italien: Bahngesellschaften investieren ins Streckennetz und in Zugflotten

Italiens Eisenbahnwesen befindet sich derzeit in einer tiefgreifenden Modernisierung mit großem Technologiebedarf. Dies eröffnet auch deutschen Zuliefernden viele Geschäftschancen. Allein die staatliche Eisenbahngesellschaft FS (Ferrovie dello Stato Italiane) investiert von 2025 bis 2029 rund 100 Milliarden Euro ins Netz und ins rollende Material.

[Nähere Informationen.](#)

Kasachstan: Umfassende Modernisierung des Steuerrechts

Zum 1. Januar 2026 tritt in Kasachstan ein neues Steuergesetzbuch in Kraft. Es sieht unter anderem höhere Einkommen- und Umsatzsteuern, branchenspezifische Körperschaftsteuersätze sowie die Reduzierung vereinfachter Steuerregime vor. Steuerliche Anreize werden neu ausgerichtet, zahlreiche Vergünstigungen gestrichen.

[Nähere Informationen.](#)

Rumänien: Umsetzung der Steuerreform beginnt

Rumänien gleicht schrittweise sein Haushaltsdefizit aus und startet eine umfassende Steuerreform. Ab dem 1. August 2025 steigt die Standard-Mehrwertsteuer von 19 % auf 21 %, während die ermäßigten Sätze von 5 % und 9 % zu einem einheitlichen Satz von 11 % zusammengefasst werden. Die Einstufung für Kleinstunternehmen wird verschärft: Ab 2025 liegt die Umsatzgrenze bei 250.000 Euro, ab 2026 bei 100.000 Euro. Für bestimmte Wirtschaftszweige nach EU-NACE-Codes steigt die Körperschaftsteuer von 1 % auf 3 %. Zudem wird die Bauabgabe – eine Art lokale Grundsteuer – wieder eingeführt, und frühere Steuerbefreiungen für Arbeitnehmende in IT, Bau, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion entfallen.

[Nähere Informationen.](#)

Tschechien: Neue Flächen für strategische Investitionen

Die tschechische Regierung reagiert auf Engpässe bei großen Industrieflächen und hat die staatliche Entwicklungsgesellschaft SIRS gegründet. Die SIRS arbeitet derzeit an drei strategischen Industrieparks: Cheb an der Grenze zu Bayern und Sachsen sowie Dolní Lutyně und Lazy in Mährisch-Schlesien, die bis Ende 2028 (Cheb) bzw. 2030 (Dolní Lutyně und Lazy) in Betrieb genommen werden sollen. Darüber hinaus prüft SIRS weitere Standorte. Bereits zwei Jahre nach Unterzeichnung der Investitionsvereinbarung soll der Produktionsstart – dank einer Gesetzesänderung und einer neuen Bauaufsichtsbehörde – möglich sein.

[Nähere Informationen.](#)

Türkei: Steigende Lohnkosten belasten Unternehmen

Mit Blick auf Inflation und Wechselkursverfall sind Löhne und Gehälter in der Türkei stark gestiegen. Viele Firmen orientieren sich am Mindestlohn und passen die Gehälter regelmäßig an. Das allgemeine Lohnniveau in der Türkei liegt deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Im Vergleich zu südosteuropäischen Ländern wie Serbien, Bulgarien oder Rumänien sind die Lohnkostenvorteile jedoch kleiner geworden oder bereits aufgebraucht. Dafür punktet die Türkei mit einer vergleichsweise hohen Produktivität.

[Nähere Informationen](#)

VAE: Milliarden-Investitionen in intelligente Stadtentwicklung

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) treiben ihre Smart-City-Visionen voran. Der Erfolg zeigt sich im IMD Smart City Index: Dubai belegte 2025 Platz 4 und verbesserte sich damit um acht Ränge gegenüber dem Vorjahr. Abu Dhabi folgte auf Platz 5 und gehört erstmals zu den fünf führenden Smart Cities weltweit. Die beiden Metropolen der Vereinigten Arabischen Emirate liegen damit hinter Zürich, Oslo und Genf – aber deutlich vor Saudi-Arabien (Platz 27) und Katar (Platz 32). Smart-City-Projekte in den VAE bieten deutschen Firmen große Chancen – erfordern aber klare Spezialisierung, lokale Partnerschaften und strategische Vorbereitung.

[Nähere Informationen.](#)

Vietnam: Hanoi baut neuen Megaflughafen Gia Binh

Während der Bau des neuen internationalen Flughafens Long Thanh bei Ho-Chi-Minh-Stadt kurz vor der Fertigstellung steht, startet nun auch die vietnamesische Hauptstadt Hanoi ein Großprojekt: den Flughafen Gia Binh. Der neue Flughafen entsteht rund 60 Kilometer östlich der Hauptstadt. Die Regierung plant für Gia Binh eine Teilinbetriebnahme Ende 2026, damit der Flughafen pünktlich zum Gipfeltreffen der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) im Jahr 2027 erste Flüge abwickeln kann.

[Nähere Informationen.](#)

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Saudi-Arabien: Versandzertifikat bei Import wird Pflicht

Ab dem 1. Oktober 2025 sind Importierende in Saudi-Arabien verpflichtet, ein sogenanntes "Shipment Certificate" über die Plattform Saber zu beantragen. Die Beantragung muss vor der Zollanmeldung der Importwaren erfolgen. Diese Vorgabe gilt unabhängig davon, ob es sich um regulierte oder nicht regulierte Produkte handelt. Ohne das Zertifikat ist eine Einfuhrabfertigung durch den saudi-arabischen Zoll künftig nicht mehr möglich.

[Nähere Informationen.](#)

USA: Zölle auf Stahl und Aluminium

Das Bureau of Industry and Security (BIS) des US-Wirtschaftsministeriums hat zwei regulatorische Aktualisierungen bekannt gegeben, die zu Zöllen gemäß Section 232 auf viele weitere Produkte aus Stahl, Aluminium und Artikel im Zusammenhang mit Automobilen und deren Teilen führen könnten. In der Bekanntmachung ist eine Konsultation für inländische Herstellerunternehmen bis 29. September 2025 vorgesehen. Dies ist der zweite Zyklus des Aufnahmeverfahrens für Stahl- und Aluminiumderivate, das alle vier Monate stattfinden soll. Im August hatte das US-Wirtschaftsministerium nach Abschluss des ersten Aufnahmeverfahrens hunderte von Produkten in die Produktliste aufgenommen. Im Oktober könnte eine weitere Anpassung der betroffenen Waren erfolgen.

[Nähere Informationen.](#)

Mehr als 40 Industrieverbände weisen in einem gemeinsamen Schreiben auf die Problematik der weiteren Ausweitung der Sektorzölle und die Umsetzung des Aufnahmeverfahrens hin und fordern eine Verbesserung des Inklusionsprozesses.

[Nähere Informationen.](#)

Das US-Wirtschaftsministerium hat außerdem eine "interim final rule" erlassen, um die 25-prozentigen Zölle auf Automobilteile durch ein Aufnahmeverfahren zu erweitern. Dieses Aufnahmeverfahren beginnt am 1. Oktober.

[Nähere Informationen](#)

Regionales Übereinkommen: Neue Matrix veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat im Amtsblatt vom 17. September 2025, Reihe C, eine aktuelle Übersicht über die Möglichkeit der diagonalen Kumulierung in der PEM-Zone veröffentlicht. Tabelle 2 der Mitteilung enthält eine Auflistung zur Anwendung der Ursprungsregeln in den einzelnen Ländern.

[Nähere Informationen.](#)

Russland-Sanktionen: EU aktualisiert Sanktionsleitfaden

Die EU-Kommission hat am 8. September 2025 ihren Sanktionsleitfaden zu den Verordnungen (EU) 844/2014 und 269/2014 veröffentlicht. Hiermit stellt sie eine gebündelte Liste von FAQs zur Verfügung, die häufige Fragestellungen in Bezug auf die Russland-Sanktionen erläutern.

[Nähere Informationen.](#)

Türkei: Änderung im Einfuhrverfahren für bestimmte Lebensmittelprodukte ab 2026

Ab dem 1. Januar 2026 ist die Einfuhr von Milch- und Milchprodukten, Fischerei- und Aquakulturprodukten sowie Gelatine- und Kollagenprodukten für den menschlichen Verzehr aus nicht zugelassenen Ländern und Betrieben in die Türkei nicht mehr gestattet.

Unternehmen, die Produkte in die Türkei exportieren möchten, müssen die im [offiziellen Schreiben](#) genannten Unterlagen einreichen. Konkret bedeutet dies:

- Für Betriebe im EU-System TRACES NT registriert: Ausfüllen der Tabelle in Anlage 2 des offiziellen Schreibens.

- Für Betriebe, die nicht im TRACES NT-System registriert sind: Ausfüllen der Tabelle in Anlage 3 des offiziellen Schreibens.
- Für alle Betriebe (unabhängig von TRACES NT): Vorbereitung bzw. Vervollständigung der Anlagen 4 und 5 des offiziellen Schreibens.

Da die Umsetzungsfrist näher rückt, ist es für Import- und Exportunternehmen von großer Bedeutung, die genannten Anforderungen zeitnah zu prüfen und die notwendigen Unterlagen einzureichen. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Export der genannten landwirtschaftlichen Produkte in die Türkei ab 2026 weiterhin möglich bleibt.

USA: Reziproke Zölle

Die unterschiedlichen Handelsvereinbarungen der USA mit einzelnen Ländern sehen häufig eine individuelle Anpassung der jeweiligen Zolltarife vor. Mit der Executive Order 14346 hat Präsident Trump das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) und das US-Wirtschaftsministerium (DOC) ermächtigt, Zölle allein über eine Bekanntmachung im US-Bundesregister anzupassen. Gleichzeitig wurde mit Anhang II des Dekrets eine Aktualisierung der Warenliste vorgenommen, die von reziproken Zöllen ausgenommen sind. Hinzugekommen sind beispielsweise bestimmte kritische Mineralien und Arzneimittel, herausgefallen sind Produkte wie Harze und Erzeugnisse aus Silikon. Anhang III enthält eine Liste von Waren, die im Rahmen von Handelsvereinbarungen vom länderspezifischen Basiszollsatz ausgenommen werden können.

[Nähere Informationen.](#)

Ägypten: Vorabregistrierung von Luftfracht ab 2026

Nach mehreren Verschiebungen hat das ägyptische Finanzministerium nun den Fahrplan für die Einführung des „Advanced Cargo Information Systems“ (ACI) im Luftfrachtbereich bekannt gegeben. Die verpflichtende Anwendung startet im Januar 2026, die schrittweise Umsetzung läuft bis Ende 2025. Das elektronische Vorabregistrierungssystem, das bereits seit Oktober 2021 für Seefracht gilt, dient der Risikobewertung und soll die Zollabfertigung beschleunigen. Für Exportierende bedeutet dies: Eine Registrierung beim Blockchain-Dienstleister CargoX ist erforderlich. Zudem

muss die vom Importierenden im Nafeza-System generierte ACID-Nummer (Advanced Cargo Information Declaration) in allen relevanten Dokumenten – insbesondere Handelsrechnung, Ursprungszeugnis und Frachtpapieren – angegeben und rechtzeitig an die Spedition weitergeleitet werden. Spätestens 48 Stunden vor Ankunft der Ware in Ägypten sind die Versanndokumente über CargoX hochzuladen.

[Nähere Informationen.](#)

Digitales Ursprungszeugnis (dUZ) ab 15.09.2025

Die IHKs stellen bundesweit eine Million Ursprungszeugnisse (UZ) über ein elektronisches

Portal aus. Trotz elektronischer Antragstellung und Bearbeitung gab es das Ursprungszeugnis selbst bisher nur in Papierform. Künftig steht dieses wichtige Außenhandelsdokument als volldigitale Urkunde, als digitales Ursprungszeugnis oder kurz dUZ zur Verfügung.

Die IHK-Organisation ist damit Vorreiter in Deutschland: als erste ausgebende Einrichtung stellt sie ein Dokument in Massenanwendung volldigital bereit. Am 15.09.2025 wurde das eUZweb um die Möglichkeit des Downloads des digitalen Ursprungszeugnisses und der dazugehörigen Bescheinigungen erweitert – für Unternehmen gibt es keinen Handlungsbedarf. Mit diesem Stichtag wird die Erweiterung der Anwendung bundesweit für alle IHKs und Unternehmen zeitgleich zur Verfügung gestellt.

[Nähere Informationen.](#)

Aktualisierung der Antragsmaske im ELAN-K2 Ausfuhr-System

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) informiert, dass zum 1. September 2025 die Antragsmaske im ELAN-K2 Ausfuhr-System aktualisiert wurde. Zur besseren Steuerung und gezielten Zuordnung eines Antrags im Rahmen des Antragsverfahrens werden nunmehr folgende ergänzende Angaben abgefragt: Warenverzeichnisnummer, Kenntnis über Genehmigungspflichten nach der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), der EU-Verordnung 2021/821 oder einer Embargo-Verordnung der EU, Anlass der Antragstellung bei Nullbescheiden

[Nähere Informationen.](#)

Tansania ändert Einfuhrabgaben

Das tansanische Finanzgesetz für 2025/2026 bringt diverse Anpassungen bei Steuern und Abgaben wie der Industrieentwicklungsabgabe sowie der Umsatz- und Verbrauchsteuer für Importwaren. Zum 1. Juli 2025 sind unter anderem steuerliche Änderungen in folgenden Bereichen in Kraft getreten:

Einfuhrumsatzsteuer, Verbrauchsteuer, Abgabe für die Entwicklung der Industrie, Ausfuhrzoll.

[Nähere Informationen.](#)

EUDR: IHK-Organisation für erneute Verschiebung und Nachbesserung

Die Europäische Union will mit der neuen EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) weltweit Entwaldung und Waldschädigung reduzieren. Das soll verhindern, dass bestimmte Rohstoffe und daraus hergestellte Produkte aus entwaldeten Waldflächen auf den europäischen Markt gelangen. Ab Ende 2025 sollen die neuen Vorschriften gelten – was zigtausende Unternehmen allein in Deutschland im Herbst wiederholt mit Unsicherheit und mangelnder Planungssicherheit konfrontieren würde.

Eine erneute Verschiebung dieses Termins ist deshalb dringend geboten. Bereits im vergangenen Jahr wurde der Start – wie auch von der DIHK gefordert – um zwölf Monate verschoben. Angesichts der weiterhin offenen Fragen ist ein weiterer Aufschub notwendig. Gleichzeitig sollte die Zeit genutzt werden, um die Verordnung grundsätzlich auf Wirksamkeit und Praxistauglichkeit zu überprüfen und entsprechend anzupassen.

[Nähere Informationen.](#)

Messen und Ausstellungen

NRW-Gemeinschaftsstand auf dem World Hydrogen Summit 2026, 19.-21. Mai 2026, Rotterdam

Der World Hydrogen Summit ist die führende internationale Plattform für Fachleute der Wasserstoffwirtschaft sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft. 2025 kamen in Rotterdam mehr als 15.000 Fachbesuchende zusammen, was die internationale Relevanz des Events unterstreicht. Nordrhein-Westfalen präsentiert sich mit einem eigenen

Kommunikations- und Informationsbereich innerhalb des German Pavilion.

[Nähere Informationen.](#)

Messe meets Mittelstand

Der Aufwand für einen Messestand übersteigt häufig das Budget eines Unternehmens. Deshalb ist das Instrument der Außenwirtschaftsförderung Messe meets Mittelstand besonders flexibel angelegt: Kleine und mittlere Unternehmen aus NRW können auf einer Auslandsmesse ihrer Wahl ausstellen – finanziell unterstützt vom Land NRW. Ihre Messeauswahl ist lediglich an zwei Bedingungen geknüpft: Die Auslandsmesse muss beim Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. – auma – aufgeführt sein. Von der Förderung ausgeschlossen sind Messen mit offizieller Bundes- oder Landesbeteiligung.

[Nähere Informationen.](#)

Aktuelle Veröffentlichungen

US-Zollpolitik: Wo die USA stark von EU-Importen abhängig sind

Donald Trump setzt im Handelsstreit mit der EU weiter auf Eskalation. Dabei sind die USA stärker als gedacht von europäischen Importen abhängig. Das belegt eine neue vom Auswärtigen Amt geförderte IW-Studie. In mehr als 3.100 Warengruppen haben die USA im Jahr 2024 mindestens die Hälfte ihrer Importe aus der EU bezogen – im Gesamtwert von rund 290 Milliarden US-Dollar. Fast 46 Prozent aller US-Importe aus der EU entfallen auf Produkte, bei denen Europa schwer zu ersetzen sein dürfte. Die Studie kann kostenlos von der Internetseite des Instituts der Deutschen Wirtschaft heruntergeladen werden:

[Nähere Informationen.](#)

White Paper AHK Greater China: Lokalisierung 3.0: Das smarte Engagement deutscher Unternehmen in China in 2025

Wie lokalisieren deutsche Unternehmen ihre Aktivitäten in China im Jahr 2025? Welche Trends, Spezifikationen und Grenzen zeichnen sich ab? Das neue White Paper der AHK Greater China liefert Antworten – auf Basis zahlreicher Interviews mit Unternehmensvertretern aus verschiedenen Branchen.

[Nähere Informationen.](#)

Marktanalyse - Taiwans Verteidigungslandschaft im Überblick

Für deutsche Herstellerunternehmen von Verteidigungstechnologie und Dual-Use-Gütern bietet der taiwanische Markt vielversprechende Markteintrittschancen. Auch als Beschaffungsmarkt ist Taiwan interessant. Eine aktuelle Studie des Deutschen Wirtschaftsbüros Taipei (AHK Taiwan) bietet einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen des taiwanischen Verteidigungssektors. Darüber hinaus gibt sie deutschen Unternehmen Erstinformationen an die Hand, die als Grundlage für einen Markteintritt in Taiwan dienen können. Kontakt: Deutsches Wirtschaftsbüro Taipei (AHK Taiwan), Linda Blechert, Blechert.linda@taiwan.ahk.de

AHK Hongkong: Business Confidence Survey 2025

Die Business Confidence Survey 2025, durchgeführt von GIC und GCC, zeigt insgesamt eine positivere Stimmung unter deutschen Unternehmen in Hong Kong im Vergleich zu 2024. Die Stadt überzeugt weiterhin in zentralen Bereichen, doch bestehen Zweifel an ihrer künftigen Wettbewerbsfähigkeit. Sowohl Unternehmen als auch politische Entscheidungsträger sollten strategisch umsichtig handeln. [Nähere Informationen.](#)

A Guide to Working and Living in China for Business Expatriates (2025)

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen hat das chinesische Handelsministerium die Broschüre „A Guide to Working and Living in China for Business Expatriates“ aktualisiert. Die Publikation informiert über viele für Expatriates relevante Fragen: Einreise, Aufenthaltsbestimmungen, Arbeitsgenehmigung, Bezahlungsmöglichkeiten, Kommunikation, Transport. [Nähere Informationen.](#)

DIHK: News International

Aktuelle Informationen zu Ländern und Märkten stellt der DIHK regelmäßig in seinem Newsletter "News International" zusammen. Dieser kann von jedem Unternehmen kostenlos abonniert werden. [Weitere Informationen](#)

Bericht aus Brüssel

Die europäischen Entwicklungen werden vom DIHK-Büro in Brüssel in einem Newsletter zusammengefasst, der [hier](#) aufgerufen und abonniert werden kann.

Diesen Newsletter abbestellen:

Ich kann meine Einwilligungen, zum Bezug des Newsletters, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft per Post unter der Anschrift: IHK Bonn/Rhein-Sieg, Bonner Talweg 17, 53113 Bonn, oder per E-Mail an: widerruf@bonn.ihk.de widerrufen. Dabei wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der jeweiligen Einwilligung erfolgten Datenverarbeitung nicht berührt. Nach Widerruf meiner Einwilligung werden meine Daten gelöscht. Ich erhalte dann keinen weiteren Infodienst.

Impressum

Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg
Bonner Talweg 17
D-53113 Bonn
Tel +49 (0)228 2284-0
Fax +49 (0)228 2284-225
E-Mail [info\(at\)bonn.ihk.de](mailto:info(at)bonn.ihk.de)
Internet: www.ihk-bonn.de

Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Stefan Hagen und den Hauptgeschäftsführer Dr. Hubertus Hille. Für den Inhalt verantwortlich im Sinne des § 55 Abs. 2 RStV: Dr. Hubertus Hille, Bonner Talweg 17, D-53113, Bonn